

Rede
von Bürgermeister Werner Arndt
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2018
in der Ratssitzung am 19. Oktober 2017

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr verehrte Gäste,
meine Damen und Herren,

„Keine roten Zahlen in Sicht“ – so betitelte die Marler Zeitung noch Ende September diesen Jahres ihren Bericht über die Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und die Vorstellung der Haushaltseckdaten für 2018. Was noch vor gut drei Wochen galt, ist mit einer Gewerbesteuerückzahlung in zweistelliger Millionenhöhe an ein Marler Unternehmen wieder in Frage gestellt.

Unter diesen Vorzeichen legt Ihnen die Verwaltung heute den Haushaltsentwurf einschließlich der 6. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für das Haushaltsjahr 2018 vor. Als Stärkungspaktkommune der Stufe I hat die Stadt Marl gemäß des Stärkungspaktgesetzes seit 2016 verpflichtend einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Dies wird uns mit einigen Mühen auch für 2018 gelingen.

Der Haushaltssanierungsplan der Stadt Marl wäre auf dem Papier genehmigungsfähig, da er für alle Planungsjahre einen (wenn auch knappen) Haushaltsausgleich darstellen kann. Unser Kämmerer Michael Dinklage wird Ihnen gleich die wesentlichen Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2018 vorstellen und erläutern. Erlauben Sie mir, Ihnen vorab einige Gründe aufzeigen, warum die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes für die Stadt Marl auch in den kommenden Jahren schwierig bleibt.

Nach wie vor der größte Aufwandsposten im Haushalt der Stadt Marl ist die an den Kreis Recklinghausen abzuführende Umlage mit rund 63 Millionen Euro. Der Entwurf des Kreishaushaltes für 2018 geht von einer Steigerung der Kreisumlage um 5,26

Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Gegenüber der Finanzplanung aus 2017 für 2018 stellt dies eine Erhöhung der Kreisumlage für alle zehn kreisangehörigen Städte um rund 4,9 Millionen Euro dar.

Parallel dazu hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe für 2018 eine Senkung der Landschaftsumlage um 1,2-Prozent-Punkte angekündigt. In einer gemeinsamen Stellungnahme der zehn kreisangehörigen Städte zu den Eckdaten des Kreishaushaltes für 2018 wurde die Erwartung formuliert, dass die Entlastungen aus der Landschaftsumlage vollständig an die Städte weitergegeben werden.

Auch die mittelfristige Finanzplanung des Kreises für 2019 bis 2021 weicht von der bislang beschlossenen Planung in einem Ausmaß ab, das von den Städten in ihren Haushaltssanierungsplänen nicht mehr aufgefangen werden kann. Die Zahllast der Städte würde in den Jahren 2018 bis 2021 um insgesamt rund 47 Millionen Euro ansteigen. Deshalb kann eine derartige negative Veränderung der mittelfristigen Planung nicht akzeptiert werden.

In dem heute vorgelegten Haushaltsentwurf der Stadt Marl gehen wir von den Finanzplanzahlen des Kreises aus dem letzten Jahr aus. Ich erwarte vom Kreis Recklinghausen, dass er bis zur Beschlussfassung über den Haushalt alle Bemühungen unternimmt, die Belastung für die kreisangehörigen Städte und damit auch für die Stadt Marl noch reduziert und auf das Niveau der bisherigen Finanzplanung bringt.

Nach der Kreisumlage stehen die Aufwendungen im Sozialbereich jedes Jahr wieder im Focus. Rund 39 Millionen Euro hat die Stadt Marl im letzten Jahr für die sogenannten Sozialtransferaufwendungen aufbringen müssen. Zwar wird sich der Bereich der Hilfen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz aufgrund abnehmender Fälle und durch den Wechsel in andere Hilfearten nach der Anerkennung als Asylbewerber weiter vermindern, dafür steigen aber die Aufwendungen im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

Da die Kosten (wenn auch zeitversetzt) vom Land erstattet werden, wird hier die von den Kommunen immer wieder geforderte Konnexität eingehalten. In anderen

Bereichen ist das leider nicht der Fall: Durch eine Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes ist der Kreis der Hilfeempfänger erweitert worden. Damit steigen die Kosten für die Kommunen. Eine Erstattung der Kosten findet derzeit leider nur zu knapp 50 Prozent statt.

Ähnlich verhält es sich mit den Kosten für die vielfältigen Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in den Kommunen. Auch in Marl werden umfassende Integrationsmaßnahmen notwendig sein. Der Stadt entstehen erhebliche Mehrausgaben, die bislang nur zum Teil über die Regelsysteme und über bereits bestehende Förderprogramme abgedeckt werden. Integration kann nur gelingen, wenn die Kommunen und insbesondere auch die Stärkungspaktkommunen personell, organisatorisch und finanziell nicht überfordert werden.

Ich schließe mich deshalb der wiederholten Forderung der kommunalen Spitzenverbände in NRW auf die Weiterleitung der auf NRW entfallenden Bundesmittel vom Land an. Bund und Länder müssen sich dauerhaft an den Kosten der Integration beteiligen und dürfen die Kommunen hier nicht im Regen stehen lassen!

Meine Damen und Herren,

bereits in meinen letzten Haushaltsreden habe ich mein Unverständnis zum Ausdruck gebracht, dass es nicht sein kann, dass wir einerseits im Rahmen des Stärkungspaktes zu einem strikten Sparkurs verpflichtet werden, lokale Angebote einschränken oder aufgeben, sowie unseren Bürgerinnen und Bürgern erhebliche und zum Teil schmerzliche Belastungen aufbürden müssen. Andererseits aber der Erfolg unserer Haushaltskonsolidierung durch die stetig ansteigenden Sozialkosten und Aufgaben, die Land und Bund uns ohne entsprechende Gegenfinanzierung aufbürden, gefährdet wird.

Ziel muss es weiterhin sein, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land zu sichern, die angekündigte weitere Entlastung der Städte von Sozialausgaben abzusichern und die Investitionskraft der Kommunen dauerhaft zu

verbessern.

All diese Aufwendungen im Haushalt der Stadt Marl müssen im Wesentlichen über Zuweisungen, Gebühren und Entgelte, Kostenerstattungen sowie den Steuereinnahmen der Stadt Marl finanziert werden. Die Steuersätze sind bekanntermaßen in Marl schon zu Beginn des Stärkungspaktes auf Höchstwerte angehoben worden. Weitere Steuererhöhungen sind auch im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht vorgesehen.

Dass unsere Steuereinnahmen in den letzten Jahren stetig gestiegen sind, liegt insbesondere an den Gewerbesteuererträgen. Mit über 104 Millionen Euro haben wir im vergangenen Haushaltsjahr einen in der Geschichte der Stadt Marl noch nie erreichten Wert verbuchen können. Diese Entwicklung zeigt auf, dass sich die Wirtschaft in Marl insgesamt positiv entwickelt und sich die Gewerbesteuer zur wichtigsten Ertragsposition im Haushalt gemausert hat.

Leider müssen wir noch in diesem Jahr einen Teilbetrag in Höhe von rund 20 Millionen Euro wieder an ein Marler Unternehmen erstatten. Zwar führt diese Steuererstattung zu höheren Schlüsselzuweisungen des Landes NRW in 2019, für das laufende Jahr wird der angestrebte Haushaltsausgleich zum Jahresende voraussichtlich aber nicht erreicht werden können. Auch die verbesserten Ergebnisse der Vorjahre können aufgrund der rechtlichen Vorgaben nicht zum Ausgleich in Folgejahren herangezogen werden. Die Verwaltung ist bereits im Gespräch mit der Kommunalaufsicht, um mögliche Konsequenzen dieses nicht planbaren Ereignisses im Haushaltsjahr 2017 zu erörtern.

Insbesondere vor dem Hintergrund der jetzt anlaufenden Baumaßnahmen, wie der Sanierung des Rathauses und der Entwicklung von Bau- und Gewerbeflächen, ist eine Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes und des Haushaltssanierungsplanes zwingend notwendig.

Meine Damen und Herren,

um den Folgen der Zechenschließung in Marl zu begegnen, arbeiten die RAG Montan Immobilien GmbH als Immobilientochter des Flächeneigentümers RAG AG

und die Stadt Marl unter Volldampf daran, auf der stillgelegten Fläche der ehemaligen Schachanlage AV 3/7 neue Industrie- und Gewerbeflächen zu entwickeln. Bis zu 1.000 Arbeitsplätze sollen entstehen. Die Vermarktung ist ab 2020 geplant.

Mit dem neu geschaffenen Logistikzentrum der METRO-Group wird auf der Fläche der Westerweiterung des Chemieparks bereits sichtbar ein weiteres Großvorhaben in Marl realisiert. Auf einer Fläche von über 23 Hektar entstehen hier die nationalen Zentrallager für die Real-SB-Warenhäuser und für die deutschen Großmärkte von METRO Cash&Carry. Auch hier sollen insgesamt rund 1.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Solche Beispiele stimmen mich zuversichtlich, dass der Strukturwandel in Marl gelingen kann und wir gestärkt in die Zukunft schauen können.

Trotz der Verpflichtung, alle Sparvorgaben des Stärkungspaktes einzuhalten, dürfen wir die Investitionen in die städtische Infrastruktur, also in öffentliche Gebäude und Straßen, nicht aus den Augen verlieren. In 2018 sieht der städtische Haushaltsentwurf Investitionsmaßnahmen von über 21 Millionen Euro vor. Nur mit einem genehmigungsfähigen Haushalt bzw. Haushaltssanierungsplan können wir auch weiterhin die Projekte schultern, die für die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt so wichtig sind.

Daher gibt es zum Stärkungspakt Stadtfinanzen keine Alternative!

Nachdem der Rat der Stadt Marl Ende 2015 das Handlungskonzept Stadtmitte beschlossen hat, das eine Sanierung des mittlerweile denkmalgeschützten Rathauses als Schlüsselprojekt vorsieht, arbeitet die Verwaltung mit Hochdruck an der Vorbereitung der Rathaussanierung. Der Architekt und der Planer für die technische Gebäudeausrüstung erstellen derzeit die Detailplanung.

Um einen Baubeginn ab Ende 2018 zu ermöglichen, müssen in den nächsten Monaten Ausweichquartiere hergerichtet werden, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den langen Zeitraum der Sanierung nutzen können. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2018 und in der Finanzplanung

enthalten. Weitere Förderanträge zu den förderfähigen Bereichen werden vorbereitet und gestellt. Die bislang nicht veranschlagten Zuwendungen des Landes werden die aufzunehmende Kredithöhe entsprechend verringern und zu Einsparungen bei den Zinsaufwendungen führen.

Meine Damen und Herren, wir haben immer gesagt:

Politik und Verwaltung müssen weiter ihr Ausgabeverhalten drosseln, um eine nachhaltige Konsolidierung unseres Haushaltes zu erreichen. Wir in Marl haben unsere Hausaufgaben als Stärkungspaktkommune in den vergangenen Jahren stets zuverlässig gemacht. Die Haushaltssanierungspläne der Stadt Marl für die Jahre 2012 bis 2017 wurden von den Aufsichtsbehörden genehmigt und die bisher festgestellten Jahresergebnisse waren stets besser als geplant. Das Jahresergebnis 2016 hat dabei alle Erwartungen deutlich übertroffen.

Das hat mit dazu beigetragen, dass die Stadt Marl wieder ein positives Eigenkapital aufbauen konnte, das bis zum Ende des Planungszeitraums 2018 bis 2021 voraussichtlich auf rund 50 Millionen Euro anwachsen wird.

Werfen wir zu guter Letzt gemeinsam einen Blick auf den Stellenplanentwurf 2018. Er weist gegenüber dem Stellenplan aus dem Vorjahr ein Saldo von 12,82 Stellen mehr aus, vorwiegend im Jobcenter aufgrund der Evaluation sowie im Kita-Bereich. Stellenausweitungen erfolgen weitestgehend kostenneutral mit bestehender Gegenfinanzierungen (etwa durch Fördermittel, KiBiz, FlüAG oder wie im Bereich des Jobcenters durch Budgetvereinbarungen mit der Kreisverwaltung). Die konkreten Auswirkungen dieser Stellenneueinrichtungen und Stellenverzichte auf die Personalausgaben sind in der Sitzungsvorlage zur Einbringung des Stellenplanentwurfes 2018 beschrieben, so dass ich auf eine Erläuterung an dieser Stelle verzichten kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich wiederholt feststellen, dass allein der Blick auf die Stellensalden keine ausreichende Grundlage für die Beurteilung der Personalausgabenveränderung ergibt. Eine detaillierte Darstellung der Veränderung

der Personalausgaben erfolgt im Rahmen des Berichtswesens zum Stärkungspakt und hier konkret in Form der Controlling-Berichte.

Stellenneueinrichtungen und andere personalwirtschaftliche Maßnahmen erfolgen stets unter den engen Voraussetzungen des § 82 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. In diesem Rahmen darf die Gemeinde ausschließlich Aufwendungen entstehen lassen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind.

Personalmehraufwendungen sowohl für Pflicht-Aufgaben als auch für freiwillige Aufgaben sind zu kompensieren.

Selbstverständlich werden die vom Rat beschlossenen Maßnahmen 1 und 1a zur Senkung der Personalausgaben umgesetzt. Auch hier dokumentiert die Verwaltung regelmäßig in den Controlling-Berichten zum Haushalt bzw. Haushaltssanierungsplan.

Es gilt weiterhin, dass aufgrund des erheblichen Personalabbaus vorangegangener Jahre in vielen Bereichen der Verwaltung sowie zusätzlicher Anforderungen eine Aufgabenverdichtung stattfindet, die das Personal der Stadtverwaltung in besonderer Weise belastet. Die Verwaltung ist bemüht, Lösungen zu finden, allerdings sind uns aufgrund des engen finanziellen Spielraums die Hände gebunden. Eine weitere Aufgabenvermehrung ist daher nicht mehr vertretbar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Kapital unserer Verwaltung, das wir nicht unbegrenzt strapazieren können und mit dem wir behutsam „haushalten“ müssen.

Meine Damen und Herren,

die Sanierung unseres Haushaltes ist und bleibt eine große Herausforderung. Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf 2018 wurde von der Verwaltung trotz der an vielen Stellen vorhandenen personellen Engpässen wieder mit höchster Sorgfalt erstellt. Dafür danke ich allen Beteiligten und insbesondere dem engagierten Team unseres Kämmerers Michael Dinklage ganz herzlich.

Auch möchte ich den Fraktionen, die die Haushaltskonsolidierung bisher aktiv mitgetragen haben, ganz besonders danken für ihr Engagement und ihre

Bereitschaft, auch in schwierigen Zeiten Verantwortung für ihre Stadt zu übernehmen.

Liebe Ratsmitglieder,

die Entscheidung über den Haushalt 2018 liegt jetzt in Ihren Händen. Ich möchte Sie ermuntern, nicht von unserem Ziel der Haushaltskonsolidierung abzulassen. Wir haben bei der Konsolidierung unseres kommunalen Haushaltes bisher alle Vorgaben, die uns der Gesetzgeber aufgebürdet hat, mit Bravour erfüllt. Jetzt dürfen wir nicht nachlassen!

Ich kann Ihnen versichern: die Verwaltung wird alles in ihrer Macht stehende dafür tun, dass der eingeschlagene Weg konsequent und erfolgreich zu Ende gegangen wird.

Wie jedes Jahr lade ich besonders die Fraktionen, die den Haushalt bisher nicht mitgetragen haben, erneut herzlich ein, sich den Beratungen nicht zu verschließen und ebenfalls Verantwortung für die Konsolidierung unseres städtischen Haushaltes zu übernehmen.

Ich wünsche Ihnen, liebe Ratsmitglieder, nun gute und konstruktive Haushaltsberatungen mit den richtigen Weichenstellungen für die Gestaltung unserer Stadt zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger. Die Verwaltung und der Bürgermeister stehen Ihnen dabei jederzeit gerne zur Verfügung.

Vielen Dank und Glück Auf!